

Sabine C. Leube

Die Rolle des Staates im Internet

Eine Untersuchung der Möglichkeit,
Zulässigkeit und Notwendigkeit
staatlicher Regulierung



Herbert Utz Verlag · München

Rechtswissenschaften

Band 36

Zugl.: München, Univ., Diss., 2004

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek:
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der
Übersetzung, des Nachdrucks, der Entnahme von
Abbildungen, der Wiedergabe auf photomechanischem
oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Daten-
verarbeitungsanlagen bleiben – auch bei nur auszugs-
weiser Verwendung – vorbehalten.

Copyright © Herbert Utz Verlag GmbH · 2004

ISBN 3-8316-0401-0

Printed in Germany

Herbert Utz Verlag GmbH, München
089-277791-00 · www.utzverlag.de

EINLEITUNG**8****1. KAPITEL: EINE DARSTELLUNG DES INTERNETS****12****A. Zum Begriff****12****B. Zur Geschichte****13**

- I.) Die Anfänge 13
- II.) Die siebziger Jahre - Erste Entwicklungen 14
- III.) Die achtziger Jahre - Loslösung vom ARPANET 15
- IV.) Die jüngere Entwicklung - Massenmedium und Kommerzialisierung 16
- V.) Deutschland und Europa 17
- VI.) Zahlen 17

C. Funktionsweise des Internets**19**

- I.) Eine kurze virtuelle Reise ins Netz 19
- II.) Die physischen Grundlagen 20
- III.) Details der Netzwerkarchitektur 21
- IV.) TCP/IP als Kommunikationsstandard 21
- V.) Das Domain Name System 22

D. Dienste und Teilnehmerstruktur**23**

- I.) Elektronische Postsendungen 24
 - 1.) E-mail 24
 - 2.) Mailing Lists 24
- II.) WWW und verwandte Dienste 25
 - 1.) Das WWW 25
 - 2.) Verwandte Abrufdienste 25
 - 3.) Suchdienste 26
- III.) Das Usenet 26
- IV.) Chat / IRC 27
- V.) Sonstige Anwendungen 27

E. Besonderheiten**28**

- I.) Globalität 28
- II.) Dezentralität 29
- III.) Entwicklungsfähigkeit 30
- IV.) Teilnehmerstruktur 31

F. Gefahrenlagen im Internet**32**

- I.) Die eigentliche Kommunikation 33
- II.) Insbesondere das Urheberrecht 34
- III.) Informationelle Selbstbestimmung 34
- IV.) Datensicherheit 35
- V.) Sonstige Gefahrenlagen 35

G. Ergebnis**35****H. Der Staat im Internet - Formen und Beispiele staatlicher Regulierung****36**

- I.) Einige Schwierigkeiten mit dem Begriff der Handlungsformen 36
- II.) Überblick über die Handlungsformen 37
- III.) Beispiele staatlicher Regulierung im Internet 39

1.) Deutschland	39
a.) Der Gesetzgeber	39
b.) Die Rechtsprechung	41
c.) Die ausführende Gewalt	43
d.) Die politischen Parteien	44
2.) Europa	44
a.) Gesamteuropäische Initiativen	44
b.) Frankreich	45
c.) Italien	46
3.) USA	46
IV.) Zusammenfassung	48

2. KAPITEL: DIE GRUNDSÄTZLICHE MÖGLICHKEIT STAATLICHEN TÄTIGWERDENS IM INTERNET - DIE FRAGE DES KÖNNENS

49

A. Einleitung

49

B. Die theoretische Möglichkeit - Staatsgewalt und Territorialitätsdenken

51

I.) Einleitung	51
II.) Grenzen der Staatsgewalt	55
1.) Die Staatsgewalt - Keine Vermutung staatlichen Könnens	56
2.) Entwicklung des Souveränitätsbegriffs	56
3.) Der maßgebliche Begriff der äußeren Souveränität	59
III.) Anknüpfungspunkte als Grundlagen staatlichen Handelns	60
1.) Vom Personalitäts- zum Territorialitätsprinzip	60
2.) Sachliche Anknüpfung	63
3.) Räumliche Anknüpfung	64
a.) Der Weg ins „grenzenlose“ Netz	65
b.) Lokale Bezüge	67
(1) Aufenthaltsort des Nutzers	68
(2) Sitz des Anbieters	72
(3) Internetspezifische Anknüpfung	74
(a) Domain Names oder sonstige Kennungen	74
(b) Abgrenzung von Teilnetzen	75
(4) Zwischenergebnis	77
c.) Das Ubiquitätsprinzip - die strafrechtliche Diskussion	77
(1) Das Problem grundsätzlicher Anwendbarkeit	79
(2) Das besondere Problem der Anwendung im Internet	79
(3) Das Hauptproblem des Verbleibens räumlicher Anknüpfungsschwierigkeiten	80
d.) Lösung nach sonstigen Prinzipien	82
e.) Ergebnis: Unterscheidung zwischen technischen Grundlagen und Medium	84
4.) Eignung personaler oder sachlicher Anknüpfung	86
IV.) Das Internet als Rechtsraum	87
1.) Der Raumgehalt von Rechtsnormen	88
2.) Der Raumbegriff	89
3.) Das Internet als Raum	90
4.) Rechtsraum und Staatsgebiet	93
5.) Zwischenergebnis	98
V.) Ausnahmen strikter Territorialität	98
1.) Herkömmliche Ausnahmen inner- und außerhalb des Staatsgebiets	98
a.) Erweiterungen des Staatsgebiets	99
b.) Räume außerhalb des Staatsgebiets	100
2.) Der Vergleich mit dem Internet	101
3.) Zwischenergebnis	105

4.) Der Vergleich mit dem Ätherraum	105
5.) Zwischenergebnis	107
VI.) Loslösung von der raumbezogenen Sichtweise	107
1.) Die Grenzen der Staatsgewalt im Internet	110
2.) Zwischenergebnis	112
3.) Erfordernis (neudefinierter) Anknüpfungspunkte im Internet	112
4.) Die in Betracht kommenden Anknüpfungen	114
a.) Personale Anknüpfung im Internet	114
b.) Sachliche Anknüpfung im Internet	116
c.) Sonstige Anknüpfungen im Internet	116
d.) Ergebnis	117
VII.) Ergebnis: Theoretische Möglichkeit staatlichen Tätigwerdens im Internet	117
C. Die praktische Möglichkeit - Technische Kontrollansätze	118
I.) Einleitung	118
II.) Benennung von Kontrollschwierigkeiten	119
1. Generelle Kontrollschwierigkeiten	120
a.) Konsequenzen der Internetstruktur	120
b.) Insbesondere das Problem der Anonymität	121
(1) Anonymität in der Internetdiskussion	121
(2) Anonymität als Ausfluß der Internetstruktur	122
(3) Anonymität durch Einsatz von Hilfsmitteln	123
c.) Zwischenergebnis	124
2.) Konkrete Kontrollschwierigkeiten	124
III.) Vorstellung abstrakter Kontrollmöglichkeiten	124
1.) Umfassendes Verbot	125
2.) Einzelne Maßnahmen	126
IV.) Konkrete technische Kontrollmöglichkeiten	126
1.) Kontrolle am Endgerät	127
a.) Senderkontrolle	127
b.) Empfängerkontrolle	128
(1) Nutzerüberwachung	128
(2) Technische Kontrollmittel	129
(a) Kategorien technischer Kontrollmittel	129
(b) Klassifizierungssysteme	130
(aa) Darstellung	130
(bb) Probleme	131
(cc) Möglichkeit der Nutzung durch den Staat	131
(c) Filterprogramme	132
(aa) Darstellung	132
(bb) Probleme	133
(cc) Möglichkeit der Nutzung durch den Staat	135
(d) Zugangsverifikationssysteme	135
c.) Relevanz eventueller Zwischenstufen	136
2.) Kontrolle im Netz	137
a.) Betreiberkontrolle	137
(1) Netzwerkbetreiber	137
(2) Kontrolle am Einwahlknoten	138
b.) Firewalls als Beispiel technischer Umzäunung	139
(1) Darstellung	139
(2) Probleme	140
(3) Möglichkeit der Nutzung durch den Staat	141
c.) Sonstige Kontrollen im Netz	141
(1) Zufallsfunde und systematische Suche	141
(2) Kontrolle anhand der Beispiele von E-mail und WWW	142
(3) Löschen und Sperren von Daten	143

3.) Sanktionen im Usenet als Beispiel der Kontrolldiskussion	145
a.) Beschwerden und Briefbomben	145
b.) Das Fremdcanceln	147
c.) Lehren aus der Kontrolle im Usenet	148
V.) Ergebnis	148
D. Ergebnis: Staatliches Können	149

3. KAPITEL: DIE ZULÄSSIGKEIT EINER STAATLICHEN REGULIERUNG DES INTERNETS - DIE FRAGE DES DÜRFENS

150

A. Einleitung

150

B. Allgemeine Erwägungen zu einer Regulierung im Internet

151

I.) Legitimation als Voraussetzung staatlichen Tätigwerdens	152
1.) Annahme steten staatlichen Dürfens	153
2.) Erfordernis staatlicher Legitimation	154
3.) Zwischenergebnis	155
II.) Staatliche und gesellschaftliche Regulierung	156
1.) Zum Begriff der Regulierung	157
2.) Notwendigkeit <i>irgendeiner</i> Regulierung	157
3.) Vorliegen irgendeiner Regulierung – allgemeine Regulierungserwägungen	160
a.) Die Unterscheidung von Staat und Gesellschaft als Voraussetzung	160
(1) Allgemeine Gegenüberstellung	160
(2) Zum Begriff der Internetgesellschaft	162
b.) Zwischenergebnis	166
4.) Formen und Beispiele staatlicher Regulierung	166
5.) Selbstregulierung	167
a.) Zum Begriff der Selbstregulierung	167
b.) Die Person des Regulierenden	169
(1) Individuelle Regulierung	170
(2) Gesellschaftliche Regulierung	172
(3) Industrielle Regulierung	173
c.) Beispiele für Selbstregulierung im Internet	174
(1) Einrichtungen zur Setzung technischer Standards	175
(a) ISOC & IETF	175
(b) WC3	176
(2) Verhaltensstandards	177
(3) Sonstige Beispiele von Selbstregulierung	178
d.) Zusammenfassung	179
III.) Vor- und Nachteile staatlicher bzw. gesellschaftlicher Regulierung im Internet	180
1.) Die Entwicklung der Diskussion	180
a.) Die erste Generation - Liebäugeln mit einer Quasi-Anarchie	180
b.) Die zweite Generation - Meinungsfreiheit gegen staatliche Einmischung	181
c.) Die dritte Generation - Einbeziehung anderer Gefahrenlagen	182
d.) Sonstige Aspekte der Entwicklung	183
2.) Vorteile einer Selbstregulierung des Internets	183
a.) Globalität, Dezentralität und sonstige Kontrollaspekte	184
b.) Sachverstand und Effizienz	184
c.) Flexibilität	186
d.) Befolgung und Durchsetzung	188
e.) Kostenreduzierung	189
f.) Zusammenfassung	191
3.) Vorzüge des Staatshandelns - Kritik am Selbstregulierungsmodell	191

a.) Sachverstand und Effizienz	192
b.) Flexibilität	193
c.) Befolgung und Durchsetzung	194
d.) Kostenreduzierung	196
4.) Zwischenergebnis	197
C. Steuerungskapazität des Staates und Steuerbarkeit der Gesellschaft	198
I.) Vom Regulierungs- zum Steuerbegriff	199
1.) Zum Steuerbegriff	200
2.) Steuerung vs. Selbstregulierung	200
3.) Gesellschaftliche Steuerung?	202
4.) Zwischenergebnis	204
II.) Die Steuerungsdiskussion	204
1.) Allgemeine Entwicklung der Steuerungsdiskussion	204
2.) Insbesondere die Systemtheorie	206
3.) Staatliche Steuerung durch Recht	209
a.) Staatliche Steuerung gleich Steuerung durch Recht?	210
b.) Existenz anderer Aspekte staatlicher Steuerungsfähigkeit	211
4.) Sonstige Überlegungen rund um eine staatliche Steuerung durch Recht	212
a.) Kulturelle Rahmen-, dezentrale Kontext- und reflexive Steuerung	213
b.) Formen tatsächlicher Steuerung	214
5.) Bewertung der Steuerungsdiskussion	215
6.) Zwischenergebnis	217
III.) Relevanz der Steuerungsdiskussion für das Internet	217
1.) Das Internet als Teilsystem?	218
a.) Der Zusammenhang Staat - Gesellschaft - Technik	219
b.) Teilsystem	220
2.) Steuerungsqualität gesellschaftlicher Selbstregulierungsmodelle im Internet	221
a.) Selbsthilfe	222
b.) Vertragsrecht	222
c.) Soziale Normgebung	223
3.) Bewertung der Steuerungsqualität	225
IV.) Staatliche Steuerung (durch Recht) im Internet?	226
1.) Einordnung <i>Lessigs</i>	227
2.) Code und Architektur	229
a.) Grundlagen der Idee einer Steuerung durch Code	231
(1) Regulierung durch Code als Verneinung staatlichen Dürfens	231
(2) Vorstellung alternativer Steuerung durch Code	232
(3) Kritik an der angestrebten alternativen Steuerung	233
b.) Steuerung durch Code als Aspekt der Steuerungsdiskussion?	234
(1) Code als Alternative zur Steuerung durch Recht	235
(2) Das Internet - ein Steuerungsexperiment?	239
3.) Abschließender Kommentar zum Code-Ansatz	240
V.) Notwendigkeit eines eigenen Rechts des Internets?	241
1.) Einordnung der Diskussion insgesamt	242
2.) Das Problem der Einordnung <i>Reidenbergs</i>	243
3.) Die Lex Informatica	244
a.) Zum Begriff	244
b.) Darstellung der Lex Informatica	245
c.) Kritische Beurteilung der Lex Informatica	247
4.) Zusammenfassung	250
D. Ergebnis - Staatliches Dürfen	250

4. KAPITEL: DIE STAATSAUFGABE INTERNET - DIE FRAGE DES MÜSSENS 252

A. Einleitung	252
B. Die Lehre von den Staatsaufgaben	253
I.) Abgrenzung zu anderen Lehren	254
1.) Staatsfunktionen	254
2.) Staatszwecke	255
3.) Staatsziele	259
4.) Staatsaufgaben	263
II.) Bestimmung der Staatsaufgaben	264
1.) Der Begriff der Staatsaufgaben	264
a.) Abgrenzung zu den öffentlichen Aufgaben	265
b.) Der Blick ins Grundgesetz	265
2.) Weitere Bestimmung	267
a.) Bestandsaufnahme	267
(1) Konkrete Fundstellen	267
(2) Bestimmung nach „klassischen“ Aufgabenbereichen	270
(a) Sicherung des äußeren und inneren Friedens	271
(b) Wohlfahrt	272
(c) Gesellschaftsgestaltung	272
(3) Bedeutung für die Rolle des Staates im Internet	274
b.) Wandel der Staatsaufgaben	276
(1) Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft in der Staatsaufgabenlehre	277
(a) Entwicklung des Staats- und Gesellschaftsbildes	278
(b) Staat und Internetgesellschaft	279
(2) Die gegenwärtige Tendenz	280
(3) Insbesondere „Risikogesellschaft“ und „Präventionsstaat“	282
(4) Von Ungleichheit und Gerechtigkeit	285
3.) Staatsaufgabe Internet	287
a.) Die virtuelle als Risikogesellschaft	287
b.) Fazit: Das Internet als Staatsaufgabe	290
C. Die Ausgestaltung der Staatsaufgaben Internet - Das <i>Wie</i> der Regulierung	291
I.) Ordnungsgestaltung als Staatsaufgabe	292
1.) Aspekte einer Medienordnung	293
2.) Internetordnung als Grundversorgung mit Vorsorgeaspekten	295
II.) Von der Grundversorgung zur staatlichen Infrastrukturverantwortung	296
1.) Funktionsfähigkeit des Internets	298
2.) Stärkung privater Eigenverantwortung	299
3.) Zugangsfreiheit	299
a.) Tatsächliche Zugangsvoraussetzungen	301
b.) Rechtliche Zugangsvoraussetzungen	301
4.) Der Zugang zu den Inhalten des Internets	303
5.) Anderweitiges Tätigwerden	303
a.) Allgemeine Stärkung des Verbrauchers	304
b.) Schutz persönlicher Daten im Internet	305
(1) Datenspuren und Schutzanliegen	307
(a) Internetspezifische Funktionen der Datenerhebung und -verarbeitung	307
(b) Gefahren des Umgangs mit personenbezogenen Daten im Internet	309
(2) Bestehende Staatliche Regelung	312
(3) Staatliche Verantwortung	313
c.) ICANN als „nichtstaatliche“ Regierung des Internets	315
(1) Das Legitimationsproblem	315
(2) Das Problem der Machtfülle	317
(3) Das Problem der Einflußnahme und Abhängigkeit	319
(4) Fazit	320
III.) Ergebnis	320

GESAMTERGEBNIS	321
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	322
LITERATURVERZEICHNIS	323

Einleitung

Das Internet hat sich in kürzester Zeit vom modernen Technikwunder zur Alltagserscheinung entwickelt, die neben vielen Annehmlichkeiten auch Sorgen mit sich bringt und Gefahren für den einzelnen aber auch die Funktionsfähigkeit des Mediums insgesamt birgt.

Ist hier die Frage nach der „Rolle des Staates im Internet“ gestellt, so ist das Thema bewußt weit gesteckt, bedarf damit aber auch einiger erklärender Worte. Ob und gegebenenfalls wie der Staat in einem Regelungsbereich tätig wird, welche Erwartungen dabei der Bürger dem staatlichen Eingriff gegenüber hegt, wann andere Staaten aufgrund der Annahme eigener Souveränität dem Staatshandeln Grenzen setzen, kurzum welche Rolle dem Staat im Kontext einer bestimmten Materie zukommt, ist eine seit langem geführte Diskussion, die bislang keine einheitliche Beantwortung gefunden hat. Insofern wird vorliegend das Internet, das mit seinen Eigenschaften vor allem der Globalität und Dezentralität eine Herausforderung an den territorial definierten Nationalstaat stellen und dessen traditionelle Beziehung nach außen zu anderen Staaten wie auch nach innen zur Gesellschaft anzweifeln muß, zum Anlaß genommen, die Rolle des Staates vor dem Hintergrund des Internets neu zu erörtern.

Die so beschriebene Problematik basiert auf staatstheoretischen Überlegungen und wird deswegen notwendigerweise auf einem zunächst sehr abstrakten Niveau analysiert, bedarf zum Zwecke der Veranschaulichung aber der Präzisierung: Obwohl für den Staat die Teilnahme an einer ganzen Reihe unterschiedlicher Aktivitäten im Internet vorstellbar ist, sei es bei einer dem Privatrecht unterworfenen Verfolgung wirtschaftlicher Interessen oder im öffentlich-rechtlichen Verhältnis zum Bürger oder zu anderen Staaten, soll hier lediglich auf letztere Beziehung eingegangen und damit die Untersuchung staatlicher Regulierung und Regulierungsmöglichkeiten in den Vordergrund gestellt werden¹. Dies erfordert auch eine Auseinandersetzung mit dem unter Umständen neu zu definierenden Verständnis staatlicher Regulierung und schließt gleichfalls die Erörterung nach den Gründen eines entsprechenden Eingreifens mit ein. Ist also im Folgenden vom Handeln des Staates oder von staatlichem Tätigwerden im Internet die Rede, sind damit

¹ Um einen Eindruck dessen, was Gegenstand der vorliegenden Diskussion sein kann, zu geben, findet sich bereits am im ersten Kapitel der Arbeit unter H. III) eine beispielhafte Darstellung bestehender staatlicher Regulierungsansätze im Internet.

staatliche Regulierungsbestrebungen (etwa im Rahmen der Strafverfolgung oder zur generellen Gewährleistung von Rechten des einzelnen) gemeint, die im Zusammenhang mit Vorgängen im Internet stehen (das heißt beispielsweise die Kommunikation zwischen Teilnehmern per E-mail oder den Kauf von online angebotenen Waren betreffen).

Letztere Aussage zwingt zu einer weiteren Konkretisierung, denn ohne den Darstellungen des Anfangskapitels vorgreifen zu wollen², ist offenkundig, daß „das Internet“ in seiner Gesamtheit nur schwierig zu begreifen ist, setzt es sich doch aus einer Vielzahl einzelner Kommunikationsdienste zusammen. Trotzdem hat sich nicht nur die Zusammenfassung dieser Teilbereiche unter dem Stichwort Internet (oder Cyberspace) im alltäglichen Sprachgebrauch eingebürgert, sondern die Verflechtung unterschiedlicher Kommunikationsmöglichkeiten in einem Medium ist geradezu eine Besonderheit des Internets, welche es auch für den Staat zu erfassen gilt. Wenngleich in mancherlei Kontext die Regulierung eines Dienstes wie beispielsweise der E-mail leichter zu erklären sein mag, als dies für einen anderen Dienst der Fall ist, so darf doch nicht der Blick auf die Kombination mehrerer Dienste unter dem Dach des Internets, also das „Internetganze“, außer acht gelassen werden.

Einleitend und sehr allgemein kann festgestellt werden, daß das Verständnis vom Staat im Internet wesentlich durch widersprüchliche Aussagen zu seiner Rolle gekennzeichnet ist. So werden einerseits immer wieder Stimmen laut, die sich gegen ein Zuviel an staatlicher Regulierung wehren, so sie denn nicht ganz in Forderungen von einer „Staatsfreiheit“ übergehen, was damit begründet wird, daß der Staat in einem globalen, unkontrollierbaren Medium nicht handeln könne oder zumindest nicht tätig werden dürfe. Statt dessen wird eine Selbstregulierung des Internets proklamiert. Auf der anderen Seite äußern immer mehr Teilnehmer im Internet (im Folgenden auch als Nutzer bezeichnet) Bedenken gegenüber den angeblichen Freiheiten der Internetkommunikation und wenden sich an den Staat, damit dieser etwa die Sicherheit personenbezogener Daten garantieren möge. Ebenso erwarten Teile der Industrie, die in vielen Situationen auch im Internet geneigt ist, auf die Macht des Marktes zu vertrauen, daß der Staat beispielsweise dafür Sorge trägt, den Urheberrechtsschutz zu gewährleisten und die Verbreitung illegaler Raubkopien im Internet zu unterbinden. Und auch seitens des Staates mangelt es in Sachen Internet an einer

² Das erste Kapitel beginnt mit einem Überblick über wesentliche Aspekte der Internetkommunikation.

kohärenten Politik, wenn sich neben Beschwörungen einer Nichteinmischung konkrete Ansätze einer Regulierung finden.

Die Auseinandersetzung mit der Rolle des Staates im Internet wirft so verschiedene Fragestellungen auf. Ausgangspunkt ist die Klärung „staatlichen Könnens“, womit die Möglichkeit staatlicher Regulierungsmöglichkeit im Zusammenhang mit einer territorial schwer einzugrenzenden und somit dem Staat zuzuordnenden Materie angesprochen ist. Daran schließt sich die Problematik der Zulässigkeit des Staatshandelns (das „staatliche Dürfen“), welche das Verhältnis von Staat und Gesellschaft und die eventuelle Begrenzung staatlicher Regulierungsmacht durch gesellschaftliche Belange zum Inhalt hat. Mit der Diskussion einer „Staatsaufgabe Internet“ ist schließlich die Diskussion verbunden, ob es grundsätzlich eines (möglichen und zulässigen) Staatshandelns im Internet bedarf, ob der Staat also gegebenenfalls gehalten ist, Verhalten im Cyberspace zu regulieren und wie der allgemeine Rahmen einer solcher staatlichen Aufgabe bestimmt werden kann. Im Anschluß daran wird die Notwendigkeit staatlicher Verantwortung anhand des Beispiels Datenschutz und der Kritik an der Internetorganisation ICANN veranschaulicht. - Bezweckt ist demnach nicht, ein Handbuchs zu verfassen, welches mittels detaillierter Aufzählungen staatliche und gesellschaftliche Regulierungsbestrebungen im Internet abschließend erfaßt und mit sowohl umfassenden als auch konkreten Normierungsvorschlägen aufwartet. Ziel der vorliegenden Abhandlung ist es vielmehr, im Sinne allgemeiner staatsrechtlicher Überlegungen zu einem Verständnis von den Aufgaben und Grenzen der Staatsgewalt in der zuweilen als anarchisch oder zumindest steuerungsunwillig dargestellten virtuellen Welt des Internets zu gelangen und insbesondere das Verhältnis vom Staat zur Gesellschaft des Internets zu beleuchten, um auf diese Weise Richtlinien für einen flexiblen Umgang mit den rechtlichen Schwierigkeiten des Internets zu erarbeiten.

Wenngleich sicherlich in erster Linie die deutsche Verfassungslage Leitbild der nachfolgenden Überlegungen ist, so wird doch bewußt allgemein vom Staat, d.h. ohne weitere nationale Zuordnung, gesprochen, zumal die Internationalität des Mediums Internet von entsprechend weitläufiger Konsequenz ist. Daß ein bedeutender Teil der zitierten Literatur aus dem U.S.-amerikanischen Bereich stammt, läßt sich mit der frühen und vergleichsweise intensiven Faszination, die das Thema Internet jenseits des Atlantiks ausgelöst hat, erklären. Die Einbeziehung in

dem Maße, wie sie vorliegend vorgenommen wird, erscheint auch vor dem Hintergrund des merklichen Einflusses der amerikanischen Diskussion auf die deutsche Rechtsliteratur sinnvoll.